

08/09

Krisen Kreativität Kontinuität

Bericht der Landespastorin
Petra Thobaben

Diakonisches Werk
Schleswig-Holstein
Landesverband der
Inneren Mission e.V.

Mitgliederversammlung
Rendsburg,
5. November 2009

Herausgeber

Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
Landesverband der Inneren Mission e.V.
Kanalufer 48
24768 Rendsburg
Telefon 04331 593-0
Telefax 04331 593-244
presse@diakonie-sh.de
www.diakonie-sh.de

Satz

Nicola Paustian
Diakonisches Werk Schleswig-Holstein

Rendsburg, November 2009



Krisen – Kreativität - Kontinuität

Bericht der Landespastorin zur Mitgliederversammlung des Diakonischen Werks Schleswig-Holstein

Rendsburg, 5. November 2009

Ein Jahr voller Rückblicke mündet in seine Zielgerade. Das Staffelholz individuell gelebten Lebens und geschichtsträchtiger Ereignisse, die uns noch so gegenwärtig sind, werden an das kommende Jahr übergeben:

- Sechzig Jahre Grundgesetz und Bundesrepublik. Es ist Grundlage und Garant für eine freiheitlich demokratische Rechtsordnung. Eine Rechtsordnung, die die Sozialität und die Solidarität unserer Gesellschaft trägt.
- Fünfzig Jahre die gemeinsame Aktion der Kirchen und Freikirchen „Brot für die Welt“. Mit ihr erinnern wir uns alljährlich an erfahrene Barmherzigkeit und Hilfe. Sie bewegt, damit die Gaben

weitergegeben werden können, die der Mensch nach Martin Luther für „des Leibes Notdurft und Nahrung“ braucht. Eine Aktion, deren Gütesiegel die Partnerschaft auf Augenhöhe ist zwischen denen, die viel haben und denen, die von allem zu wenig haben. Brot für die Welt demokratisiert den Wohlstand ein wenig und eröffnet Entwicklung durch seine Projektförderungen. Die Steigerung der Spenden und Kollekten in Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr um 140 Tausend Euro legt beredtes Zeugnis davon ab.

- Zwanzig Jahre Mauerfall und das Ende der deutschen Teilung. Ohne Wirkung

blieben die Feiern zum 40. Gründungstag der DDR. Stattdessen wuchsen 1989 überall im Land die Widerstände gegen das System. Menschen sammelten sich zu Friedensgebeten und trugen ihre Botschaft als sanfte Revolution der Kerzen auf die Straßen und Plätze. Der Ruf: Wir sind das Volk entwarfnete die drohende Gewalt der Staatsmacht. Lebhaft stehen uns die bewegenden Bilder vor Augen: Menschen, die stauend und lachend auf der Mauer sitzen, die durch geöffnete Schlagbäume laufen und das fröhliche Hupen der knatternden Trabants. Deutsche Einheit, die immer noch nicht selbstverständlich ist, weil Unterschiede in den Haltungen und Meinungen nachwirken.

- Neben den großen Festen macht sich das fröhliche Fest zum 60. Bestehen des Verbandes Evangelischer Kindertageseinrichtungen beinahe bescheiden aus. Mit Gott groß werden – Kinder und ihre Eltern finden in den Kindertageseinrichtungen Menschen, die mit ihnen gehen.

Hinter uns liegt ein Jahr voller Katastrophen und Not. Die Dürre in weiten Teilen Afrikas,

die Taifune und Wirbelstürme in Asien kündigen vom unaufhaltsamen Klimawandel. Die fossilen und natürlichen Ressourcen von Boden, Trinkwasser und Bodenschätzen nehmen ab und unsere „ökologischen Fußabdrücke“ wachsen weiter als wäre nichts geschehen. Mitten in den Finanz- und Wirtschaftskrisen arbeiten wir nüchtern und unaufgeregt und legen mit unserem Dienst Zeugnis ab. Wir handeln im Auftrag des Menschen freundlichen Gottes, auf dessen Wort hin wir unterwegs sind, um mitzugehen und dazwischenzugehen in den Krisen, in denen es Kreativität und Kontinuität braucht.

1. Krise und Räume öffnen

Verfolgt man aufmerksam die Berichterstattungen in den Medien, lässt sich der Eindruck gewinnen, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise irgendwie schon überwunden ist und zur Vergangenheit gehört als ein zwar dramatischer Ausschlag nach unten in den wieder nach oben strebenden Erfolgskurven von Wachstum und Entwicklung. Der Schein trügt, denn die beruhigenden Nachrichten und die optimistischeren Prognosen knüpfen

eben nicht mehr an den Stand vor der Krise an. Wie eine zarte Pflanze reckt sich das Wachstum aus den „Kellern“ des Absturzes von vernichtetem Kapital und von verlorenen Arbeitsplätzen. Spektakulär ist die mediale Resonanz, wenn Arbeitsplätze in der Autoindustrie verloren zu gehen drohen. Sie setzen politische Hilfsaktionen in Gang und rufen die EU auf den Plan. Das stille und eher leise Sterben von kleinen und mittelständischen Betrieben und Unternehmen bleibt dagegen kaum beachtet. Auch hier werden Frauen und Männer aus Arbeit freigesetzt – wir kennen sie, leben sie doch oft unerkannt nebenan als Nachbarn oder Freunde.

Die Prognosen zeigen, dass unabhängig vom Verlauf der Konjunktur die Zahl der Menschen ansteigen wird, die ihren Lebensunterhalt nur mit Hilfe von sozialen Transferleistungen wie „Hartz IV“ bestreiten können. Die mit der Sozialhilfe zusammengeführte Arbeitslosenhilfe ist zur Grundsicherung für Menschen im Erwerbsarbeitsalter geworden. Sie ergänzt die Grundsicherung für Kinder und im Alter. Armut ist in der Mitte der Gesellschaft ange-

kommen. Sie ist drohende Realität für diejenigen, deren Erwerbsbiografien prekär sind und deren Löhne unterhalb der Schwelle von Mindestlöhnen liegen. Sie greift über auf diejenigen, die höhere Bildungsabschlüsse haben und durch Krisen vom Erwerbsleben freigesetzt werden.

Die öffentlichen Haushalte kämpfen mit Mindereinnahmen und sind durch Mehrausgaben im Sozialbereich belastet. In den letzten fünf Jahren sind die Sozialausgaben der Kommunen bundesweit um rund 10 Milliarden Euro angewachsen. Ihre Höhe liegt mittlerweile bei gut 40 Milliarden Euro. Kommunale Verpflichtungen der Daseinsvorsorge, die unabhängig sind von den konjunkturellen Verläufen der Wirtschaft. Den Schuldenberg der öffentlichen Hand als Hypothek auf die Zukunft der nachwachsenden Generationen fortzuschreiben, kann nicht dauerhaft die Lösung des Problems sein.

Man kann wie Peter Sloterdijk den Ruf hören, der auch Rilke traf: „Du musst dein Leben ändern“. Sloterdijk beschreibt den Menschen, der beständig in Wechselwirkungen zu anderen steht, der sich permanent in der Selbstbil-

dung des Humanen übt. Notwendiges Tun, um Mensch zu sein und zu bleiben¹. Der Mensch, der sich selbst beim Schopfe packt und aus dem Sumpf zieht. Man kann darin das Verhalten des Barons von Münchhausen erkennen, der als Lügenbaron gilt. Ich frage mich, wie würden wohl Milchbauern in Schleswig-Holstein auf den Rat reagieren: „ändere dein Leben“? Den Preis, den sie für das fortschreitende Wachstum bezahlen müssen, ist das geordnete Sterben ihrer Höfe.

Ich will das konkret erläutern. Milchbauern haben jüngst auf die ihnen zustehende Subvention von Agrardiesel verzichtet und das Geld Brot für die Welt gespendet. Mit ihrer Spende wollten sie ein Zeichen setzen und auf ihre Situation aufmerksam machen. Ihr Einkommen aus der Milchproduktion geht dauerhaft zurück. Die Einkaufspolitik der Discounter führt zu einem Preisdumping, das die Milchpreise unter die Herstellungskosten drückt. So schön niedrige Preise für die Verbraucher sind, so ruinös sind sie für ländliche Familienbetriebe. Sie schaffen prekäre Lebensverhältnisse. Den Bauern ist in den vergangenen Jahren eine konsequente

Wachstumsstrategie empfohlen worden und sie haben sich daran gehalten. Auch die EU fördert diese Strategien, in dem sie Milchpulver aus europäischer Überproduktion billig auf den afrikanischen Markt wirft. Die bäuerliche Milchviehwirtschaft, die in Kamerun als Erwerbsgrundlage für viele Familien von Brot für die Welt über Jahre gestützt und gefördert worden ist, wird durch solche Aktionen zerstört. An diesem Vorgang zeigen sich exemplarisch die Auswirkungen weltweiter Verflechtungen von Wirtschaftsprozessen auf die soziale und wirtschaftliche Situation von Menschen auch in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins. Die Entwicklungen gefährden die soziale Kraft und die wirtschaftliche Produktivität. Das wirkt sich aus auf das Zusammenleben der Generationen, auf die Gewinnung von Ehrenamtlichen, auf die Bezahlbarkeit von sozialen Sicherungssystemen und damit nicht zuletzt auf die künftigen Gestaltungsformen diakonischer Präsenz.

Bei der Übergabe ihrer Spende für Brot für die Welt trug eine Bäuerin ein T-Shirt mit dem Aufdruck: „Gott fragte die Steine ob sie Bauern werden wollten und die Steine ant-

¹ Peter Sloterdijk, Du musst dein Leben ändern, Frankfurt a.M. 2009

worteten; Nein, wir sind nicht hart genug.“ Ein bitterer Satz, wo es doch darauf ankäme, sich den Sinn für die Geschöpflichkeit des Menschen zu bewahren und das Wissen darum, dass wir auf den Gott angewiesen sind, den wir als Vater, Sohn und Heiligen Geist bekennen. Er ist präsent im Prozess des Teilens, durch ihn geschieht Neueröffnung von Welt. Die ethische Einsicht, dass es so nicht weiter gehen kann, hilft nicht recht weiter, wenn sie lediglich als Stoff für folgenloses Plaudern in ungezählten Polit- und Talkshows dient. Veränderte Realität wird nur dort geschaffen, wo auch für den ländlichen Raum neue Lebens- und Wohnformen entstehen und das Zusammenleben der Generationen durch eine neue Sensibilität gefördert wird. Geschieht das nicht, wäre ein unbegrenztes institutionelles Wachstum die Folge, das uns finanziell, personell und gesellschaftlich überfordern würde.

Diakonie als Kirche ist eingebunden in die kommunikativen gesellschaftlichen Prozesse, die das Leben der einzelnen Menschen und das gemeinsame Leben im Gemeinwesen prägen. Diakonie muss anschlussfähig und sprachfähig sein, will sie sich sicher auf dem

Feld der interkulturellen Kommunikation bewegen. Die diakonischen Thesen zur Zivilgesellschaft setzen genau hier an. Sie beschreiben, wie wir in einer pluralen Gesellschaft auf andere zugehen. Wir nehmen damit ernst, dass alltäglich geworden ist, dass Menschen mit unterschiedlichen ethnischen, nationalen und religiösen Herkommen und Wertereferenzen miteinander leben, arbeiten und wirtschaften. Alle gemeinsam tragen dazu bei, was den nationalen Konsens des freiheitlichen und demokratischen Staatswesens der Bundesrepublik ausmacht, der sich auf das Grundgesetz gründet.

Es beunruhigt, wenn in den Analysen nach den Bundestags- und Landtagswahlen die Nichtwähler als die eigentlichen Gewinner des Wahlgesehens ausgemacht werden. Es beunruhigt, wenn es unter den sogenannten Eliten der Kulturschaffenden als schick und Ausdruck von Freiheit gilt, nicht zu wählen. Unbeachtet bleibt, dass solches Verhalten dazu beiträgt, die demokratische Kultur zu unterhöheln. Die Feststellung beunruhigt, dass im 60. Jahr der Gründung der Bundesrepublik die parlamentarischen Institutionen zwar formal intakt und nicht in Frage stehen,

aber dass das „Ferment einer am Gemeinwesen interessierten Bürgergesellschaft“² sich mit zunehmender Geschwindigkeit aufbraucht.

Viele Menschen meinen heute, ihre Meinungen zählen nicht und sie können nichts bewegen. Sie ziehen sich zurück aus dem Raum der öffentlichen Verantwortung und privatisieren, weil sie keine politischen Alternativen sehen und weil sie angesichts der globalen sozial-ökologischen und ökonomischen Krise entmutigt und in ihren Handlungsfähigkeiten gelähmt sind. Wer die mediale Begleitung der Koalitionsverhandlungen im Bund und in den Ländern aufmerksam verfolgt hat, konnte wahrnehmen, wie die veröffentlichten Zwischenergebnisse politischem Erwartungsmanagement entsprachen. Was im Hin und Her des Feilschens fehlte, waren die Antworten auf die Fragen nach der Organisation gemeinsam gestalteter und verantworteter Veränderungen angesichts der spürbar schmerzhafteren Grenzen der Leistungsfähigkeiten der Systeme und der endlichen Ressourcen. Setzen wir also mit einer missverstandenen privatisierten und individuali-

² Albrecht von Lucke, Die große Apathie, in, Die Gazette 23/2009

sierten Definition von Freiheit unsere Demokratie aufs Spiel? Verhindern wir nicht darüberhinaus auch notwendige Änderungen mit dem Hinweis auf die Sachzwänge, die alles zementieren und starr werden lassen?

Mit Ralf Dahrendorf, dem letzten großen liberalen Sozialtheoretiker, ist bis heute dringend zu fragen:

- Gibt es in unserer Gesellschaft einen tatsächlichen Sinn und eine gelebte Bürgerschaft als Partizipation und Mitverantwortung für das Gemeinwesen oder wird dieser Sinn nur akklamatorisch in Reden beschworen?
- Gibt es die Bereitschaft, mit Konflikten zu leben und diese in das Miteinander zu integrieren?
- Wird vorschnell nach den - tendenziell immer autoritären – eindimensionalen Antworten gesucht, die die Schuldigen und die Schuld beim anderen und Fremden verorten und der Komplexität der Realität nicht gerecht werden?
- Nimmt sich die Öffentlichkeit der politischen Probleme an oder erstickt sie diese in einer Boulevardisierung, die Meinungen macht?

„Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ - Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst und BUND haben gemeinsam diese Studie zu Klima, Umwelt und Energie veröffentlicht. Die Verfasser der Studie gehen von einem sozial-ökologischen Wohlstand aus, der sich leicht macht, um die Natur zu nutzen ohne sie weiter zu zerstören. Sustainability wurde mit „zukunftsfähig“ aus dem Englischen übertragen; nicht mit dem uns geläufigerem „Nachhaltig“. Die Studie will eine gesellschaftliche Debatte anstoßen. Gemeinsam mit den Bündnispartnern haben wir uns in Nordelbien engagiert. Bischof Ulrich wird im Dezember auf der Weltklimakonferenz in Kopenhagen sein, um für globale Zukunftsfähigkeit zu werben. Wir haben uns in den letzten Monaten neben öffentlichen Veranstaltungen auch darum bemüht, den „ökologischen Fußabdruck“ des Martinshauses durch eine neue Küche mit energiesparenden Geräten zu verkleinern. Daneben prüfen wir, ob eine Kraft-Wärme-Kopplungsanlage den Energieverbrauch unserer Häuser drastisch senken lässt.

Die Studie beschreibt unter den Überschriften „Gastreue für alle“, „Ökologischer Wohlstand“, „Gesellschaft der Teilhabe“ und

„die ganze Wirtschaft“ zukunftsfähige Leitbilder, die auch auf die Diakonie wirken und denen wir uns schon heute in unserer Arbeit verpflichtet fühlen: Genannt seien hier die Diskussionen um die aufwachsende Armut in Deutschland, die verflochten ist mit der globalisierten Ökonomie. Sie mahnen uns, unsere Denkrichtungen, unsere Haltungen und unser Handeln zu ändern. Was zur Grundsicherung in Afrika, Asien und Lateinamerika zu sagen ist, gilt auch in Europa und in Deutschland. Sie kann zu einem wirksamen Instrument der Armutsbekämpfung werden. Hier wie dort ist es die Grundfunktion staatlicher Sozialpolitik, Lebensrisiken (Sicherungsfunktion) zu begrenzen und die Lebenssituation sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen (Ausgleichsfunktion) zu verbessern. Grundsicherungen können in ihrer Ausgestaltung sehr unterschiedlich sein. Sie sind immer individuen- und haushaltsbezogene Transfersysteme für Geld- und Sachleistungen und gelten den Mitgliedern der Gesellschaft, die über keine oder nur geringe Selbsthilfemöglichkeiten verfügen. Grundsichernde Elemente des Sozialen gelten auch denen, die durch strukturelle Rahmenbedingungen in ihren Selbsthilfekräften

blockiert sind. In allem ungehindert behindert sein zu können ist heute noch eine Vision für die Zukunft. Für deren Realisierung im Alltag muss weiter hart gearbeitet und auch gefochten werden.

Ein neues und zukunftsfähiges Leitbild für unsere Gesellschaft müssen wir aushandeln und verabreden. Ein Leitbild, das auf Entwicklung statt auf Wachstum, auf Ressourcen schonenden Energiemix statt auf Raubbau der fossilen Energieträger, auf ökologisch nachhaltiges Wirtschaften statt auf Klimakatastrophen setzt. Dazu brauchen wir eine Politik, die nicht nur Erwartungsmanagement betreibt. In Schleswig-Holstein kann der ländliche Raum zum Verlierer werden, wenn die bäuerlichen Familienbetriebe der Milchvieh- und Landwirtschaft reinen Wachstumsstrategien weichen müssen. Damit steht die Existenzgrundlage vieler Menschen infrage. Wir tragen diakonische Mitverantwortung für die Lebenslagen in den Gemeinden und auf den Höfen. Wir müssen von unserem Auftrag her sensibel und achtsam bleiben, wollen wir nicht zu Steinen werden.

Wer die programmatischen Entwürfe der Parteien zu den Wahlen in diesem Jahr aufmerksam gelesen hat, spürt, wie weit wir

noch von einem zukunftsfähigen Leitbild entfernt sind. Die Verteilungskämpfe der Politikfelder in den Koalitionsverhandlungen setzen nicht wirklich ermutigende Signale. Ein solches Leitbild braucht eine Zivilgesellschaft, deren Mitglieder sich aktiv beteiligen an dem nötigen Leitbildprozess. Mitglieder, die ihre Freiheit verantwortlich nutzen zum Wohl des Ganzen. Die Köpfe und Herzen eines und einer jeden müssen sich wandeln. Daraus kann eine Bewegung werden, die Welt neu eröffnet. Für mich sind die Friedensgebete in Leipzig, die brennenden Kerzen für den Frieden und die Rufe „wir sind das Volk“ Bilder einer das Ganze verändernden Bewegung. Nur wenn wir uns wandeln und bewegen, können wir mit anderen zusammen Polarisierungen überwinden, die öffentliche Daseinsvorsorge ernst nehmen und die öffentlichen Infrastrukturen weiterentwickeln. Nur so lassen sich neue Lebensformen und gleichberechtigte Partizipation an den ökonomischen Räumen von Care- und Marktökonomie verwirklichen.

Frauen sind nicht dekorative Zugabe bei der Verteilung von Schlüsselpositionen, wie es in Schleswig-Holstein den Anschein hatte.

Gendergerechtigkeit wird so lange „Stachel im Fleisch“ gesellschaftlichen Handelns bleiben, so lange unserem heutigen Gesellschaftsvertrag ein Gendervertrag zugrunde liegt, der die öffentliche Sphäre dem Mann und die private Sphäre der Frau zuordnet. Das sichtbare Politische setzt auf auf das unsichtbare Private. Auch nach den wilden 1968ern orientiert in der Lebensrealität Überkommenes noch den Gesellschaftsvertrag. Damit lassen sich kaum Politiken des Sozialen und der Gesundheit, der Bildung und der Kultur, des Arbeitsmarkts und der Wirtschaft gewinnen, die Wohlstand demokratisieren.³ Das erklärt auch, warum es im Alltag so schwer ist, das Leitbild einer gerechten Teilhabe umzusetzen. Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit brauchen ein Gemein- und Staatswesen, das ohne Ausgrenzungen auskommt.

In der Krise Räume offen halten und neu öffnen ist Beitrag und Aufgabe des Kircheseins in der Welt und für die Welt. Welt kann sich aus dem Evangelium neu eröffnen, wenn wir auf das Wort hin und im Vertrauen auf das Wort

³ Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Frankfurt a.M. 2008

unterwegs sind in den Zeiten und Heilung erfahren trotz bleibender und schmerzender Narben des Lebens. Weil wir aus der Zuversicht auf Gottes verlässliche Erbarmen leben, können wir uns und unsere Mitmenschen sehen als das, was wir sind: schutzbedürftig und auf Heil angewiesen. Gott ist es, der uns seinen Odem einhaucht. Er stattet uns mit unverlierbarer Würde aus, weil wir teilhaben an seiner Herrlichkeit. Das Neuhebräisch hat in diesem Sinne, weil es im alten Hebräisch kein Wort für Menschenwürde gibt, das Wort, das die Herrlichkeit Gottes benennt (Kabod) mit dem Gattungsbegriff Mensch (Adam) verbunden zur Kabod Adam, der Menschenwürde. Dafür aufmerksam bleiben heißt, das Augenmerk auf die Lebenslagen zu lenken und auf die Rahmenbedingungen, die persönliche und strukturelle Lebensgestaltung festlegen. Rahmen, die Teilhabe zuteilen und verweigern können, die kränken und herabsetzen können, die der Würde des Menschen entsprechen oder sie verachten. Bedingungen, die den aufrechten Gang einüben oder den Menschen brechen, wie es in den Fürsorgeanstalten früher geschah. Es bleibt beständige Aufgabe diakonischen Handelns, in den Krisen für Gerechtigkeit zu streiten. Gegen die Ungerechtigkeiten und

dafür, dass dem Menschen Recht verschafft wird, muss die Stimme erhoben werden. Nicht arbeitsteilig: hier der Verband, der anwaltschaftlich für die Rechte von Menschen eintritt und dort die Einrichtungsdiakonie, die unternehmerisch handeln muss. Die Unkonvention für die Rechte der Behinderten und die Charta der für Pflegebedürftige gelten hier wie dort. Komplex bleibt es und beide Bereiche sind gemeinsam beauftragt, die Stimme zu erheben, Anwalt zu sein, hinzuweisen auf schreiendes Unrecht, weil es im Landesverband und bei der unternehmerischen Arbeit um konkrete Menschen geht, um ihre Würde, ihre Verletzbarkeit und um ihre Bedürfnisse.

2. Kreativität und Dazwischengehen (Modelle - Projekte - Befähigung)

Kreativität treibt den Motor für Innovationen an und ist wichtig für die Entwicklung von persönlichen, beruflichen, sozialen und unternehmerischen Kompetenzen. Zur Kreativität gehört der Mut, Vertrautes zu verändern und gewohnte Bahnen zu verlassen. Kreativität entsteht aus den Krisen, die an

den Menschen herankommen, ihn betreffen, ihn bewegen. Krisen, die ins Herz treffen und denen nicht ausgewichen wird. Kreativität wird freigesetzt, wenn man der Ratlosigkeit standhält, die einen befällt inmitten von Umbrüchen. Sie ist dann spürbar, wenn man nach den Möglichkeiten des Gestaltens fragt, ohne den Impulsen nachzugeben, die uns raten zu fliehen oder zu verdrängen.

Auf solche Potenziale der Kreativität werden wir von Nikolas Nassim Taleb⁴ hingewiesen, der unsere heutigen Probleme im Zusammenhang mit dem Zufall erforscht und das Zufällige zusammenschaut mit dem Wissen, der Unsicherheit und der Wahrscheinlichkeit. Er nutzt das Bild des „Schwarzen Schwanes“, um das Eintreten und die Folgen extrem unwahrscheinlicher Ereignisse zu beschreiben. Er entlarvt unsere Neigung, mit allem zu rechnen, nur nicht mit dem Zufall. Wir wollen Ereignisse vorhersagen, sie dingfest machen und operationalisieren. Nur einstellen wollen wir uns nicht auf sie. Extreme blenden wir

⁴ Nassim Taleb, Der Schwarze Schwan – die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse, München 2008 (Alle Schwäne sind weiß – davon waren die Europäer bis ins 17. Jahrhundert überzeugt. Dann wurde Australien entdeckt. Dort gibt es schwarze Schwäne – was keiner für möglich gehalten hatte, war auf einmal Realität – Erläuterung zum Bild des Schwarzen Schwans)

aus oder in bringen sie in die Normen.

Wir tun so, als könnten wir die Zukunft vorherbestimmen, indem wir unser heutiges Wissen eindimensional weiterrechnen und weiterschreiben. Wir projizieren das Heute in das Morgen und Übermorgen, erklären Ereignisse aus der Rückschau des Vergangenen und verpassen das, was unbenutzt kommt. Gerade im Sozialen sollten wir den Routinen skeptisch begegnen und nach den „Schwarzen Schwänen“ Ausschau halten und beherzigen, was Taleb als das „maximale Herumprobieren“ und sich konzentrieren auf das „Erkennen von sich bietenden Chancen“ bezeichnet.

Vielleicht schwimmt im demografischen Wandel ein schwarzer Schwan auf uns zu, den wir nicht wirklich wahrnehmen, weil wir zu sehr auf Fakten konzentriert das Präzise lernen und uns nicht auf Regeln konzentrieren, um das Allgemeine zu lernen. In fünfzehn Jahren wird das Leben und Wohnen im Alter anderen Regeln folgen als die uns vertraute Einteilung in ambulant, stationär und teilstationär. Das Leben ist bunter und vielfältiger und die älter werdenden Generationen be-

trachten Wohnprojekte und genossenschaftliche Zusammenschlüsse, selbstorganisierte und zivilgesellschaftlich erbrachte Hilfe und Assistenz nicht mehr als Stationen zu der umfassenden Pflege im Heim. Kommunen, die in ihrem weiteren Kreis Wohnen mit Anschluss anbieten, erfreuen sich reger Nachfrage.

Künftig werden die Schulabgänger und Schulabgängerinnen aus einer breiten Palette von Berufen und Ausbildungsgängen auswählen können. Die sozial pflegerischen Berufe, die dringend weiterentwickelt werden müssen, werden verstärkt zu einem Angebot unter vielen werden. Gerät die Relation zwischen aufzuwendender Ausbildungszeit und Verdienstmöglichkeiten weiter aus der Balance, werden die sozial pflegerischen Berufe stetig an Attraktivität verlieren. Das Sprichwort Afrikas gilt auch hier: Nur wer satt ist, kann der Botschaft lauschen.

Den Forderungen an den Staat, die Allgemeinheit, die Kassen muss ein konsistentes Verhalten im eigenen Handeln entsprechen. Der Umgang mit Mitarbeitenden und ihrer Entlohnung wird in der Öffentlichkeit ver-

stärkt befragt und kann zum Testfall werden für die Vertrauenswürdigkeit und die Bonität bei denen, die unsere Dienste anfragen und nutzen wollen. Die Pflegelandschaft wird sich wandeln, denn auch bei veränderter Farbenlehre der Bundespolitik wird der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff in Umsetzung kommen. Rechnen wir also mit dem Zufall der Ereignisse und ihren umwälzenden Wirkungen.

Mit der Wende zu einem Leitbild der Entwicklung sanfter Technologien und sanften Wirtschaftens anstelle unkontrollierbarem Wachstum wird neu beschrieben werden müssen, wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität geachtet bleiben. Das Wissen ist wach zu halten, dass niemand eine Insel ist, sich selbst genug, sondern Teil eines Kontinents⁵, was meint, das eigene Leben ist nicht isoliert sondern verflochten mit den Geschichten der Menschheit weltweit. Die Existenzsorgen der bäuerlichen Familienbetriebe in der Milchwirtschaft hier korrespondieren dem Zusammenbruch genau dieser Wirtschaft in Afrika. Überproduktionen, die von Europa in Entwicklungs- und Schwellenländer transferiert und weit unter den tatsäch-

⁵ John Donne (1572-1631), Meditation XVII

lichen Herstellungspreisen vermarktet werden, sind ethisch nicht zu rechtfertigen. Der ländliche Raum entleert sich und um die Städte konzentriert sich das Leben. Aber Stadtluft macht heute nicht mehr frei, weil die Städte längst nicht mehr Modelle gestalteter freiheitlicher, toleranter Bürgerschaft sind.

Wir gehen dazwischen und engagieren uns für einen neuen Gesellschaftsvertrag, der Teilhabe-, Verteilungs-, Zugangs- und Chancengerechtigkeit querschnittig für alle Lebensalter als solidarische Gemeinschaftsaufgabe beschreibt. Wir müssen dazwischen gehen, damit experimentiert werden kann und Visionen Wirklichkeit werden. Wer, wenn nicht wir als einzelne Christinnen und Christen und als Kirche sind aufgefordert, mit zu gestalten an einer Gesellschaft der gerechten Teilhabe. Die Zukunftsstudie ermutigt, unterschiedliche Gesellschaftsverträge zwischen den Beteiligten auf den verschiedenen Ebenen (Kommune, Region, Land, Bund, Europa) zu erproben und mit neuen Formen des Miteinanders zu experimentieren. Sie ermuntert, Experimente zu wagen und Verträge zu schreiben, die die Veränderungen der Grundstruktur der Ge-

sellschaft berücksichtigen und die öffentliche Räume wiedergewinnen lassen. „Ihre Qualität als Schritte auf dem Weg zu einer Gesellschaft der gerechten Teilhabe erweisen sie dadurch, dass sie ausgegrenztes einbeziehen und die öffentlichen Güter nicht zugunsten der privaten Vernachlässigen.“⁶

Das Diakonische Werk Schleswig-Holstein hat für sich eine Kultur des Dazwischengehens und der kreativen Unruhe etabliert. Es sei hier an die verstärkte Wahrnehmung der Entwicklungen auf der europäischen Ebene verwiesen, auf die Pflegekampagne der Jahre 2002/03 mit ihren in einer Beteiligungsstruktur erarbeiteten und formulierten Thesen zur Pflege, die durchaus noch aktuell sind. Daran anschließend der gescheiterte Modellversuch Plaisir (2001/2004), um jenseits von Zeittakten zu Kriterien der individuellen Pflegebedarfsplanung und zur personenbezogenen Ausrichtung der Pflege zu kommen. In dieser Zeit wurden auch die Arbeiten zum Qualitätshandbuch Diakonie Siegel Pflege vorangetrieben, das mittlerweile seinen Ort beim DW-EKD hat.

Die Ereignisse im Kosovo haben uns bewegt und zum Handeln gezwungen. Ausschlag war der eindringliche Vortrag des norwegischen Traumatherapeuten Magne Raundalen, der schon für die UN mit den Kindersoldaten Afrikas gearbeitet hatte und zur Hilfe für den Kosovo sensibilisierte. Aus den diakonischen Beratungsstellen heraus haben wir Therapeutinnen und Therapeuten für den Einsatz im Kosovo qualifiziert, die mit den traumatisierten Familien – den Kindern und auch mit den Müttern und so sie den Mut hatten den Vätern – vor Ort gearbeitet und eine regionale Hilfestruktur aufgebaut haben. Seinen Schwerpunkt hatte das Projekt in den Jahren 2000 und 2001 und ist bis heute durch ehrenamtliches Engagement lebendig.

Wir haben Frauen und Männer, die in Leitungspositionen arbeiten mit dem Projekt Seitenwechsel (2001/03) sensibilisiert für die Lebenslagen von Menschen, die nicht ohne Hilfen den Alltag bewältigen können. Aus den Einsätzen in Werkstätten für Behinderte, in Kindertagesstätten, in der Pflege haben sich eigene Perspektiven verändert. Manche andauernde freundschaftliche Verbunden-

heit zwischen Wirtschaft und Sozialem konnte dabei initiiert werden. Neu ist das Internetportal für ungehindert behinderte und unbehinderte Menschen: Behinder-mich-nicht.de. Es wird fleißig genutzt. Der Sozialpolitische Salon will der andere Ort sein zum kreativen Nachdenken darüber, wie wir gemeinsam leben wollen. Ort herrschaftsfreier Kommunikation, in der die Beteiligten nicht auf ihre Alltagsrollen als Politiker, Wirtschaftsvertreter, Kirchenleute und Kulturschaffende reduziert und behaftet werden.

Wir gehen dazwischen und in das Leben hinein, weil wir dem Menschen, der konkret auf Hilfe, auf Zuwendung und auf Vergebung angewiesen ist, nahe sein und ihm dienen wollen. Wir leben Gemeinschaft auf Zeit in den Diensten, den Einrichtungen und den Unternehmungen. Wir lassen etwas von der Gastfreundschaft Gottes mit uns in unserem gastlichen Handeln aufscheinen. Wir gestalten aktiv das Soziale mit und tun dies in der Freiheit von Christen, deren Sein Martin Luther mit der paradoxen Existenz des Herren und Knechtes zugleich beschrieben hat: „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemandem untertan. Ein Chri-

stenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge niemandem untertan.“ Wir setzen darauf, Menschen zu befähigen, weil wir um ihre Ergänzungsbedürftigkeit wissen. Wir stärken Netzwerke vor Ort, in der Nachbarschaft und in der Gemeinde. Ein Gemeindehaus wird zum Wochenmarkt, auf dem man sich trifft und beim Anstehen Neuigkeiten austauscht. Das Netz trägt, wenn die Kommanden nicht als Bittsteller behandelt werden, sondern als Kunden, die ihre Wahl treffen, ihre Wünsche äußern, auch wenn sie nichts bezahlen. Von solchen Orten gehen die Menschen trotz bleibender Bedürftigkeit ein wenig aufrechter ihre Wege zurück.

3. Kontinuität und Mitgehen (Verlässlichkeit)

Nicht den Überblick verlieren und die Kontinuität zu wahren trotz laufender Veränderungen heißt das Verlässliche und Vertraute und die Kreativität, den Motor für Innovationen, auszubalancieren. Das zwingt zu permanenter Unruhe in der Organisation und braucht die Bereitschaft aller, sich weiterzuentwickeln und sich beständig von Überkom-

menen zu verabschieden. Daher an dieser Stelle der Dank des Vorstands an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihren Einsatz und ihre Unruhe. Die Organisationsentwicklungsprozesse der letzten dreizehn Jahre belegen dies. Jahre, in denen wir als Vorstand mit den Mitarbeitenden den Landesverband von einer eher behördlich administrierenden Organisation zum Mitglieder orientierten Verband und zu einem Akteur weiterentwickelt haben, der soziale und gesellschaftliche Prozesse begleitet und mit gestaltet. Dazu gehört auch, das im vergangenen Gelernte nicht als das Kommen der Zukunft zu begreifen. Schwarze Schwäne schwimmen überall und die umwälzende Kraft unvorhergesehener Ereignisse kann alles überrollen. Kontinuität, Mitgehen und Verlässlichkeit heißt sich mit der Zukunftsfähigkeit des Verbandes zu beschäftigen und Strategien in Handlungen umsetzen:

- Wir haben uns in den gemeinsamen Klausuren des Aufsichtsrats mit Prof. Sell den Fragen von Wettbewerb und Konkurrenz innerhalb der Diakonie und mit anderen Anbietern gestellt und werben seitdem für strategische Kooperati-

- onen und Allianzen im diakonischen Bereich und durchaus auch darüber hinaus. Wir haben mit Dr. Stehn vom Weltwirtschaftsinstitut in Kiel nach den Auswirkungen der globalen Krisen auf die Sozialwirtschaft allgemein und besonders auf die Arbeit diakonischer Träger gefragt.
- Wir haben uns und Personen des öffentlichen Lebens gefragt, wie wir in Schleswig-Holstein leben wollen. Wir nutzen dazu „herrschaftsfreie“ Gespräche im Sozialpolitischen Salon. Mit Prof. Dr. Huster und seinem Hinweis auf die Arbeiter im Weinberg haben wir uns mit den Erwerbs- und Armutslebenslagen in Deutschland beschäftigt. Mit Dr. h. c. Gohde und der Feststellung John Donnes, dass kein Mensch eine Insel sei, in sich selbst vollständig, sondern vielmehr ein Teil eines Kontinents (1631) haben wir uns mit den Veränderungen der Altersbilder und mit den erkennbar neu entstehenden Lebensgemeinschaften und Wohnformen beschäftigt. Eine Vielfalt professioneller und selbst organisierter Unterstützungssysteme wirken wechselseitig aufeinander und auf das Gemeinwesen.
 - Wir haben zielorientiert im Aufgabenfeld der Behinderten- und Eingliederungshilfe in einer Strategiegruppe zwischen Vorstand und Referenten gefragt, wie Handlungs- und Gestaltungsfreiheiten gewonnen werden können. Wir nehmen wahr, wie fragil vertraute Bündnisse geworden sind und erleben uns mitunter als Getriebene in den Leistungsdiktaten der Leistungsträger. Wir werden ein mehrstufiges Projekt „Kompetenzteam Verhandlungen“ des Landesverbandes mit und für unsere Mitglieder noch zum Ende dieses Jahres beginnen. In einer ersten Stufe sollen die Kompetenzen für den Bereich des SGB XII gebündelt werden. Im Landesverband sollen bis zu zwei Vollzeitstellen die schon vorhandenen Kompetenzen ergänzen und verstärken. In Zusammenarbeit und im Austausch mit den Mitgliedern werden so passgenauere Beratungen, Verhandlungsvorbereitungen und Umsetzungen möglich werden. In weiteren Schritten soll das Kompetenzteam dann auch für die Bereiche SGB VIII und SGB XI ausgebaut werden.
 - Wir haben mit Erfolg unsere Diakoniestiftung Schleswig-Holstein umgesetzt. Von vielen anfangs belächelt, ist das Stiftungskapital auf rund zwei Millionen Euro angewachsen. Dadurch können wir erstmalig für ein Jahr eine Projektstelle für die Internetplattform fördern. Mittlerweile wenden sich etliche Interessenten an unsere Stiftung und lassen sich in intensiven Gesprächen beraten, wie aus eigenem Vermögen und der Idee, damit Gutes zu tun, Namenstiftungen unter unserem Dach werden können. Wir haben uns durch verlässliche Arbeit und durch Beharrlichkeit in Schleswig-Holstein und darüber hinaus einen Ruf in Kreisen des Stiftungswesens und im Bereich des Fundraising erworben, der uns verpflichtet und auch – dies sei erlaubt – stolz sein lässt.
 - Wir beschäftigen uns kontinuierlich mit der Frage der Gerechtigkeit und treten ein für gerechte Formen des Zusammenlebens auf allen Ebenen: vom Lokalen bis zum Globalen. Die Aktion Brot für die Welt stellt die Frage, ob die Güter zum Leben Innen und Außen gerecht verteilt

sind. Sie geht mit den Projekten Wege hin zu friedlichen Koexistenzen zwischen dem unterschiedlichen ethnischen, kulturellen, religiösen Herkommen der Menschen. Sie lehrt Grenzen zu überschreiten in der Erkenntnis des Petrus, der feststellt, dass Gott ihm gezeigt habe, er solle keinen Menschen meiden oder unrein nennen (Mt. 28,18 ff). Die Zugangsgerechtigkeit zu sozialen Sicherungssystemen als Auffangnetz vor Stürzen ins Bodenlose ist weltweit und hier zu sichern und fortzuschreiben.

- Gerechtigkeit kann nicht einseitige Erwartungen an andere sein, dass es in diesem Gemeinwesen, in dieser Gesellschaft, in diesem Staat gerecht zugehe. Sie ist eine reflexive Frage an die Konsistenz zwischen eigenem Tun und Fordern. Dies wird in diesem Jahr schmerzlich deutlich in den Auseinandersetzungen um gerechte Löhne und gerechte Arbeitsbedingungen. Sie wird konkret an der Frage der Dienstgemeinschaft und des kirchengemäßen Arbeitsrechts. Die Ergebnisse des Gutachtens von Prof. Gerhard Robbers⁷, Trier, sind lesens- und

nachdenkenswert. Er verweist unter anderem darauf, dass das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen nicht nur gegenüber dem Staat gilt, sondern auch gegenüber Dritten und führt aus, dass das Arbeitsrecht im „Gesamtzusammenhang des kirchlichen Auftrags“ steht und damit nicht isoliert und von diesem Auftrag unabhängig betrachtet werden kann. Konstitutiv für die Dienstgemeinschaft ist das Priestertum aller Getauften; damit ist die Dienstgemeinschaft an den Sendungsauftrag der Kirche geknüpft, das Evangelium in Wort und Tat zu bekennen. Daher ist in den beiden kirchengemäßen Systemen der Arbeitsrechtssetzung – kirchlicher Tarifvertrag als Partnerschaft zwischen Anstellungsträgern und Gewerkschaften als Verbänden der Mitarbeitenden und in den Arbeitsvertragsrichtlinien (AVR) als Partnerschaft zwischen Dienstgebern und Dienstnehmern – der Streik ausgeschlossen. Mitarbeitende und Anstellungsträger haben gemeinsam Teil an der „gemeinschaftlichen Verantwortung“ für das Wirken der Kirche nach Innen und nach Außen.

Als Vorsitzende des Verbandes kirchlich diakonischer Anstellungsträger der Nordelbischen Kirche kann ich sagen, dass das Tarifsystem der Nordelbischen Kirche als kirchengemäßer zweiter Weg ein gutes Instrument ist, kirchliches Arbeitsrecht in gemeinsamer Verantwortung weiter zu entwickeln. Seine Zukunftsfähigkeit wird sich darin erweisen, wie konsequent wir ihn umsetzen, wie er unser Handeln prägt, in welchem Maße er in der öffentlichen Diskussion anerkannt und wie der grundgesetzlich gesicherte Rechtsanspruch der Kirchen bewährt bleibt. Dies gilt in gleicher Weise auch für die Arbeitsrechtsregelungen des dritten Weges. Die Stillstände und Verwerfungen der Arbeit der Arbeitsrechtlichen Kommission (ARK) auf Bundesebene haben in Schleswig-Holstein dazu geführt, dass Mitarbeitende des AVR durch fehlende Abschlüsse von linearen Entgeltsteigerungen ausgeschlossen blieben. Leistungserbringer sahen sich dadurch in Verhandlungen mit den Leistungsträgern benachteiligt.

Wir haben uns als Vorstand des Landesverbandes für unsere Mitglieder, die AVR anwenden, darum bemüht, für den Bereich der

⁷ Gerhard Robbers, Streikrecht in der Kirche, Gutachtliche Stellungnahme für die Evangelische Kirche in Deutschland und den Verband der Diözesen in Deutschland, Trier 2009, vgl. S.6ff

Nordelbischen Kirche zur Einrichtung einer regionalen ARK zu kommen. Im Wissen und in kritischer Würdigung der Bemühungen auf Bundesebene zu einem zentralen und einheitlichen Arbeitsrechtssystem zu kommen, das regionale Öffnungen ermöglicht, haben wir uns für eine regionale ARK engagiert. Für uns waren nicht nur die Bitten der Mitglieder dabei verpflichtend, sondern auch der Wunsch, mit einer regionalen ARK passgenaue Lösungen für die Situationen der Einrichtungen zu schaffen, die den Kriterien der Gerechtigkeit standhalten und verhindern, dass sich Träger von Einrichtungen zu Ausgründungen und Systemwechseln veranlasst sehen. Die einvernehmliche Entscheidung der Diakonischen Konferenz des Nordelbischen Diakonischen Werks vom Oktober sieht davon ab, eine regionale ARK zu gründen. Auch wenn er den Wechsel von AVR zu KTD fordert, habe ich den Verband kirchlicher Mitarbeitenden durchaus als Gesprächsbereit erlebt. Vielleicht kann es künftig im Bereich Schleswig-Holstein zu Gesprächen zwischen AVR Anwendern und VKM kommen, die hilfreich auch für die Entwicklungen der Bundesebene sein könnten. Die diakonische Konferenz des DW-EKD hat

die Änderung der Ordnung der ARK von der Tagesordnung genommen und hofft auf ein konstruktives Arbeiten beider Seiten bis zum nächsten Jahr.

Eins will ich bewusst als Landespastorin sagen: So wie ich den Versuch, das Streikrecht zu erzwingen als Verlassen des kirchengemäßen Arbeitsrechts missbillige und ablehne, so halte ich die deutlichen und verborgenen Bestrebungen, das Arbeitsrecht nach dem ersten Weg zu setzen, für keine kirchengemäße Möglichkeit. Der erste Weg negiert die Dienstgemeinschaft als Strukturqualität von Kirche und Diakonie. Regelungen, um wirtschaftliche Notlagen zu bewältigen, sollten zwischen Dienstgebern und Dienstnehmern in hausvertraglichen Ordnungen oder Notlagentarifen gesucht und gefunden werden. Für mich hat dies auch mit der gelebten Kindschaft Gottes zu tun, denn „Diakonie lebt im respektvollen Miteinander in den Gemeinschaften, den Diensten, den Einrichtungen und den Unternehmungen die Gastfreundschaft und die versöhnende Gleichheit“, weil wir um unsere eigene Angewiesenheit auf Hilfe und Zuwendung, auf Vergebung und Dienst wissen, wie

es die dritte These zur Zivilgesellschaft sagt. Oder noch einmal mit Martin Luther gesagt, weil wir aus der Rechtfertigung Freiheit schöpfen, können wir uns dem andern, dem Nächsten zuwenden und mit ihm gemeinsam das „Fest des Lebens“ feiern.



Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
Landesverband der Inneren Mission e.V.
Kanalufer 48
24768 Rendsburg
Telefon 04331 593-0
Telefax 04331 593-244
presse@diakonie-sh.de
www.diakonie-sh.de

Mitgliederversammlung
Rendsburg,
5. November 2009